

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

22.2.1888 (No. 53)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 22. Februar.

№ 53.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 21. Februar.

Aus San Remo liegen heute über das Befinden Seiner Kaiserlichen Hoheit des Deutschen Kronprinzen recht gute Nachrichten vor, die mit um so größerer Befriedigung begrüßt werden dürften, als in den letzten Tagen das Allgemeinbefinden des hohen Herrn bekanntlich nicht frei von Störungen war. Man meldet aus San Remo von heute früh: „Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hatte gestern einen sehr guten Tag, den besten seit der Operation. Auch die Stimmung des Kronprinzen ist eine recht gute; Höchstderjelbe beschäftigte sich einen großen Theil des Tages mit Lesen. Husten und Auswurf sind geringer.“ Auch die Nacht ist, dem Verlaufe des gestrigen Tages entsprechend, ruhiger verlaufen. Eine spätere Mittheilung besagt: „Der Kronprinz hatte eine bessere Nacht; Husten und Auswurf haben wesentlich nachgelassen. Der Kronprinz wurde gestern vielfach am Fenster gesehen.“

Besonders sympathisch werden wir in Deutschland durch die herzliche Anteilnahme berührt, welche die öffentliche Meinung in England an der Krankheit des Kronprinzen nimmt. „Times“ und „Standard“ widmen heute wieder dem Kronprinzen theilnehmvolle Artikel. „Standard“ sagt, die Bulletins aus San Remo würden in London fast mit der gleichen Spannung wie in Berlin gelesen. England beantwortet jeden Wechsel in den Hoffnungen und Befürchtungen des deutschen Volkes mit Gefühlen der Sympathie und Bekümmerniß.

Ein Jahr ist heute verlossen, seit ein neuer Reichstag aus der Abstimmung des deutschen Volkes hervorging. Eine stürmische, leidenschaftlich bewegte Zeit des Wahlkampfes fand am 21. Februar ihren Abschluß mit einem bedeutamen und wir dürfen wohl sagen, für die Entwicklung unseres neuen Deutschen Reiches geschichtlich wichtigen Wahlergebnisse. Selten ist dem Ergebnisse allgemeiner Wahlen in Deutschland mit so großer Spannung entgegengegesehen worden, als im vorigen Jahre, denn man wußte, daß dieses Ergebnis nicht bloß auf die Gestaltung der inneren, sondern auch der auswärtigen Lage von schwerwiegendem Einfluß sein werde. Die allgemeine politische Situation war eine ernste, kritische geworden und im Hinblick auf die Gefahr einer auswärtigen Entwicklung hatten die verbündeten Regierungen sich mit einer Abschlagszahlung auf ihre militärischen Forderungen nicht zufrieden geben können, sondern ein deutliches, klares Biotum unumittelbar vom Volke verlangt. Die verbündeten Regierungen hatten sich auch in ihrem Vertrauen auf das Verständnis der Wählerschaft für den Ernst der Zeitverhältnisse nicht getäußt. Allenfalls gewonnen diejenigen Parteien, die sich in dem Streite zwischen den verbündeten Regierungen und der oppositionellen Mehrheit des alten Reichstages auf die Seite der ersteren gestellt hatten, an Boden; die Opposition erlitt überall die empfindlichsten Niederlagen. Wir erneuern wohl nicht

alten Streit, wenn wir des Tages, an welchem der nationale Gedanke im deutschen Volke so hell aufleuchtete und so kraftvoll zum Durchbruch kam, heute gedenken. Es ist unsere tiefbegründete Ueberzeugung, daß der Reichstag in seiner heutigen Gestalt nicht eine vorübergehende Stimmung der Wählerschaft zum Ausdruck bringt, sondern ein treues Abbild der entschieden nationalen und für die Größe des Vaterlandes begeisterten Gesinnung unseres Volkes darstellt. Wenn oppositionelle Blätter, um die Niederlage ihrer Partei zu verschleiern, das Ansehen des neuen Reichstages und die Bedeutung des Volksvotums vom 21. Februar v. J. herabzusetzen suchten, indem sie von dem neuen Reichstage als einem „Angstprodukt“ sprachen, so hat Fürst Bismarck in einem berührt gewordenen Ausspruch darauf die Antwort ertheilt. Angst vor einem äußeren Feinde ist Gott sei Dank dem deutschen Volke durchaus fremd. Nicht die Furcht vor einem Angriffe war es, die am 21. Februar 1887 das deutsche Volk leitete, sondern die feste, freundliche Entschlossenheit der Nation, ohne Feilschen und Unterbieten dasjenige für die Wehrkraft und die Sicherheit des Vaterlandes zu bewilligen, was der Kaiser und seine erprobten Rathgeber, was die verbündeten Regierungen für notwendig erklären mußten.

Die englische Presse beschäftigt sich angelegentlich mit den Ergebnissen der letzten Parlamentswahlen, wobei die Ansichten über die Bedeutung der Gladstone'schen Wahlsiege begreiflicher Weise recht weit auseinander gehen. Die „Daily News“ bezeichnen die Ergänzungswahl im Londoner Bezirke West-Southward, wo der Gladstoneaner Gansford am vorigen Freitag mit einer unerwartet großen Stimmenmehrheit gewählt worden ist, als ein Ereigniß von nicht mißzuverstehender Bedeutung. „Es ist nicht bloß ein harter Schlag für die Anhänger der Regierung,“ schreibt das Blatt, „sondern ein Zeichen des stetig fortschreitenden Verfalls der Torypartei. Mag die Zwangspresse noch so viele Entschuldigungen für ihre Niederlage finden, sie ist sich in Wirklichkeit der Tragweite dieses Wahlergebnisses bewußt.“ In der That machen die regierungsfreundlichen Blätter kein Hehl daraus, daß sie von dem Wahlausfalle in West-Southward unangenehm überrascht sind, obgleich, wie die „Times“ hervorheben, die Wählerschaft von Southward „iets große Neigung zur Veränderlichkeit zeigte, für die es kaum eine Erklärung giebt.“ Indessen darf man wohl aus dem Anwachsen der Gladstone'schen Stimmen um 1081 Stimmen seit der letzten Wahl in West-Southward keine zu weitgehenden Schlüsse ziehen. Bei der Ergänzungswahl in Dundee zeigte sich die entgegengesetzte Erscheinung: die Gladstoneaner siegten zwar auch hier, doch verringerte sich ihre Stimmenzahl um 380 Stimmen, während die unionistische Minderheit um 692 Stimmen stieg. Wenn die Gladstone'sche Presse geneigt ist, das Wahlergebniß in Southward in dem Sinne zu deuten, daß die öffentliche Meinung in England wieder mehr zu Gunsten Gladstones gestimmt sei, so könnte man mit demselben Rechte aus der Wahl in Dundee den gegentheiligen Schluß ziehen. Es ist aber stets eine mißliche Sache, aus Theilwahlen

sich ein Bild der Stimmung in der Gesamtwählerschaft construiren zu wollen.

Deutschland.

* Berlin, 20. Febr. Am heutigen Vormittage ließ Seine Majestät der Kaiser sich vom Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Perponcher Vortrag halten, empfing darauf den Militärattaché bei der I. Botschaft in Paris, Major v. Huene, welcher sich vor seiner Rückkehr auf seinen Posten in Paris abmeldete, sowie einige andere Offiziere, und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Chef des Zivilkabinetts, Wirl. Geh. Rath v. Wilmowski. Demnächst unternahm Seine Majestät eine Spazierfahrt. Später nahmen die Kaiserlichen Majestäten das Diner im königlichen Palais allein ein.

Dem Bundesrath ist der Entwurf einer Verordnung, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Kriegsleistungen, zugestellt worden.

Die Arbeiten zur Alters- und Invalidenversicherung sind im Reichsamt des Innern, wie das „Fr. J.“ erfährt, soweit gefördert, daß der Gesetzentwurf fertig gestellt ist und die Motive in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Nachdem die Vorlage dem Reichskanzler vorgelegen haben wird, wird dieselbe voraussichtlich noch im Laufe der Woche an den Bundesrath zur Beschlußfassung gehen.

Amthlicher Nachricht zufolge ist General Don Pedro Romulo Negrete, Gesandter der Republik Guatemala am hiesigen Hofe, am 11. v. M. in seiner Heimat gestorben. Negrete war seit dem April v. J. hier beglaubigt, mußte aber bereits wenige Monate später, im Juli, krankheitshalber nach Guatemala zurückkehren.

Die Kommission des Reichstages zur Vorberathung des von den Abgeordneten Ambach und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurfs, betreffend Abänderungen über den Identitätsnachweis, besteht aus folgenden Mitgliedern: Brömel, Büsing, v. Fischer, v. Flügge, Camp, Göber, Dr. Hammacher (Stellvertreter des Vorsitzenden), Hesse, Hoffmann-Königsberg (Schriftführer), Holz (Schriftführer), Freiherr v. Hornstein, Freiherr v. Huene, Pulsch, Limbourg, Lohren, Wegner, Freiherr von Mirbach, Niethammer, Nobbe, Freiherr von Pletten, Graf v. Praschma, v. Puttkamer-Plauth, Richter, Sibio, Graf v. Stolberg-Bernigerode (Vorsitzender), Struckmann, v. Wedell-Malchow, Woermann.

Die Reichstagskommission zur Berathung der Anträge Lieber-Hise betreffend die Sonntagsarbeit nahm den neuen § 105 der Gewerbeordnung mit großer Mehrheit an; darnach ist die Festsetzung der Verhältnisse zwischen selbständigen Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern vorbehaltlich durch Reichsgesetz begründeter Beschränkungen, der Gegenstand fernerer Ueber-einkunft. Die Kommission genehmigte ferner den § 105a nach dem Vorschlage v. Kleist-Nechow, wonach Gewerbetreibende Arbeiter an Sonntagen und Festtagen nicht beschäftigen dürfen in Bergwerken, Salinen, Aufberei-

Literatur.

A. v. Schloßberger: Briefwechsel der Königin Katharina und des Königs Jerome von Westfalen, sowie des Kaisers Napoleon I. mit dem König Friedrich von Württemberg. 3 Bände. Stuttgart, bei Koblhammer. 1886—87.

K. O. Lebhafte Anerkennung verdient es in historischen, wie in weiteren Kreisen, daß nimmermehr auch Württemberg mit einer Archivpublikation aus der napoleonischen Zeit hervorgetreten ist.

Berankaltet von dem Vicedirektor des Geh. Haus- und Staats-

archivs liegt dieselbe uns nun abgeschlossen in drei Bänden vor. Band 1 und 2, die Jahre 1801—16 umfassen, enthalten die dem Haus- und Staatsarchiv entnommene Korrespondenz der Königin Katharina, ihres Gemahles und Napoleons mit König Friedrich, Band 3 liefert eine erwünschte Ergänzung fühlbarer Lücken durch eine stattliche Reihe von Briefen des Letzteren an seine Tochter (1794—1814), die dem Herausgeber aus dem napoleonischen Familienarchive zur Verfügung gestellt wurden. Ob nicht bei der Publikation der Korrespondenz eine größere Beschränkung wünschenswerth gewesen und manche Briefe von untergeordnetem Interesse, auch überflüssige Excurse, wie über Schloß Meudon, besser ausgeschlossen wären, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Eine nicht unbeträchtliche Anzahl der Briefe ist anderweitig veröffentlicht, theils in der Correspondance de Napoleon I., theils in den Mémoires de Roi Jérôme (Bd. III—VII). So finden sich in der ersteren beispielsweise von den hier mitgetheilten 29 Schreiben Napoleons an Friedrich I. schon 21 abgedruckt. Es ist zu beklagen, daß der Herausgeber diese Stücke sowohl, wie die in den Mémoires publizirten Briefe Katharina's an ihren Vater beim Wiederdruck nicht durch Verweisung als solche kenntlich gemacht, er hätte dann auch wohl nicht übersehen, daß das Schreiben Napoleons vom 27. Septbr. 1808, das er seiner Angabe nach erst nachträglich im Hausarchive entdeckt und in der Einleitung zum ersten Bande veröffentlicht, schon längst aus der Correspondanz (17, 617) bekannt ist. Zu tadeln ist gleichfalls, daß die Schreiben

vom 8. Januar und 28. Februar 1810 nicht als Auszüge gekennzeichnet werden, wie sie es in Wahrheit sind.

Ein nahezu 80 Seiten umfassender Anhang zu Band I, mit urkundlichen Beiträgen zur Geschichte der Vermählung Katharina's mit dem größten Theile für den Historiker als werthlos bezeichnet werden. Statt einer ermüdenden Beschreibung offizieller Feierlichkeiten und des dabei veranstalteten Ceremoniells, sowie der Veröffentlichung von Notifikations- und Gratulations-schreiben, die lediglich einen Austausch wechselseitiger Höflichkeit bezeugen, wäre es erwünschlicher gewesen, eine knappe Geschichte der vorausgehenden Verhandlungen zu geben, die, wie gelegentliche Notizen (Bd. III, 18) andeuten, noch in letzter Zeit Schwierigkeiten begegnet zu sein scheinen.

Daß der auf dem Facsimile des Ehevertrags befindliche Name nicht Cardinal, sondern Cambacères zu lesen ist, wird nachträglich berichtet; dem Herausgeber würde dies Versehen nicht paßirt sein, wenn er die Reihenfolge der im Artikel angeführten Erzwürdenträger beachtet hätte, wer doch wohl auch die der Unterchriften entsprechen müßte.

Einleitungen, welche eine kurze Skizze des Inhaltes geben, sowie erläuternde Anmerkungen bilden eine erwünschte Beigabe des Herausgebers: nur zeigt er Bd. II, S. 16 Anm. 1 sich in seinen Vermuthungen etwas zu vorsichtig und ist der Ausdruck: „es scheint“ dort nicht wohl am Platze. Freig ist es, wenn er unter dem Ar. de Dalberg, dessen Bemühungen er die Erlöse des Badens in der Kellener Angelegenheit zuschreibt (III, 45), den Fürsten Primas versteht, es ist vielmehr dessen Neffe, der damalige bairische Gesandte in Paris und spätere französische Minister v. Dalberg. — Reiche Ausstattung, sowie musterhafte Korrektheit des Druckes bilden rühmenswerthe Vorzüge der Publikation.

Inhaltlich bietet dieselbe, namentlich Band 2, einen willkommenen Beitrag zur Geschichte der napoleonischen Zeit, speziell des westfälischen Königsreiches und des vielgeschmähten ersten württembergischen Königs.

Wichtiges und Unwichtiges wechselt in dem brieflichen Verkehr zwischen Vater und Tochter ab, wie es der Natur der mehr persönlichen als politischen Korrespondenz entspricht. Neben täglichen Erlebnissen und Familienangelegenheiten werden auch die politischen Ereignisse besprochen. Von Interesse sind in letzterer Hinsicht namentlich die mehrfach hervortretenden Beziehungen zu dem nahe verwandten russischen Kaiserthume, deren sich auch Napoleon für seine Zwecke bedient. Den Verlauf der russisch-französischen Heirathsverhandlungen, über welche das Schreiben vom 16. Februar 1810 wertvolle Aufschlüsse giebt, verfolgen Vater und Tochter mit reger Theilnahme: knüpft sich doch an ihr Gelingen die Aussicht auf erneute Vortheile für Württemberg.

Die deutsche Fürstentochter auf dem napoleonischen Throne, reich an Gaben des Geistes und des Gemüthes, erscheint hier im vollen Zauber der Anmuth. Ihre Heimath darf sich mit Stolz ihrer rühmen. Auch unter veränderten Verhältnissen bleibt sie ein edles Württemberger Kind. Sie freut sich auf der Reise durch Frankreich in Pfalzburg wieder Deutsch zu hören, ein Gartenfest, bei welchem der väterliche Garten zu Ludwigsburg nachgeahmt wird, rührt sie zu Thränen. Württemberg gefällt ihr besser, wie Westfalen. Das Land ist schöner und reicher, die Leute sind dem alten Herrscherhause mehr in Treue zugethan.

Das Verhältniß zu ihrem Vater zeugt von seltener Innigkeit und rührender Pietät. Aber über all' der kindlichen Liebe und Ehrfurcht vergißt sie nie, was sie ihrem Gatten, was sie sich selbst schuldet, auch nicht im Unglück zur Zeit des Zusammenbruchs der napoleonischen Macht. Allen Trohungen und Versprechungen, allen Einflüsterungen und Verleumdungen zum Trotz hält sie mit unerschütterlichem Muth, mit der Entschlossenheit und Fähigkeit, die ein Erbtheil des Vaters zu sein scheint, an ihrem Gemahle fest, wie im übrigen, so auch hier ganz anders geartet als ihre Kaiserliche Schwägerin, die österreichische Kaiser-tochter.

Das Urtheil über König Friedrich, das wir aus der Publikation gewinnen, weicht — dies muß entschieden anerkannt werden

tungsanstalten, Brücken, Gruben, Hüttenwerken, Fabriken, Werkstätten, auf Werften und bei Bauten, und wonach ferner Handeltreibende ihre Gehilfen und Lehrlinge an Sonn- und Festtagen höchstens fünf Stunden beschäftigen dürfen. Anfang und Ende der Arbeitszeit ist der Polizeibehörde anzuzeigen.

Der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten hat gestern noch der Nachprüfung in einer Redaktionskommission, bestehend aus dem Vorsitzenden Dr. v. Marquardsen, dem Berichterstatter Dr. Meyer (Zena) und dem Schriftführer v. Steinau-Steinrück, unter Mitwirkung des Regierungskommissärs Geheimrath Gutbrod unterlegen und ist entgeltlich festgestellt worden. Der Inhalt des Entwurfs ist bekannt.

Stuttgart, 20. Febr. Die beiden Kammern haben vorgestern ihre Sitzungen beendet und sind durch ein königl. Reskript verjagt worden. Aus der vorletzten Sitzung der Abgeordnetenkammer ist noch über eine Interpellation zu berichten, welche der Abg. Egger-Ravensburg im Verein mit einigen anderen oberwälbischen Abgeordneten einbrachte, betr. die Remonteaufkäufe. Der Kriegsminister General v. Steinheil erklärte sich zur Beantwortung derselben bereit. Die Interpellanten beklagen sich darüber, daß die (königl. preussische) Remonteaufkaufskommission in den letzten Jahren gar keine Pferde in Württemberg mehr aufgekauft habe, obwohl der in Oberschwaben gezüchtete Schlag nach dem Urtheil von Sachverständigen für die Bepannung bei der Artillerie sehr wohl brauchbar sei. Das Aufhören der Militäraufkäufe habe auch den übrigen Pferdehandel, der besonders nach der Schweiz früher lebhaft gewesen sei, schwer geschädigt. Der Kriegsminister erwiderte, er müsse leider konstatieren, daß die Urtheile der betreffenden Kommission über die in Oberschwaben vorgeführten Pferde ungünstig gelautet haben. Es sei dies übrigens eine alte Klage, schon vor 20 Jahren sei das meiste Material für das württembergische Militär aus Preußen und Oesterreich bezogen worden. Für Zugpferde wäre das Material an sich nicht unbrauchbar, aber mit den in den letzten Jahren gemachten Käufen habe man ungünstige Erfahrungen gemacht; es fehlte an der geeigneten Aufzucht, die Pferde waren zu früh verwendet worden, sie machten Schwierigkeiten in der Dressur u. s. w. Es seien auch wirklich gute Pferde zu haben gewesen, aber diese seien für die Kommission durchweg zu theuer. Der Zustand wäre nur zu ändern, wenn ein Remontedepot im Lande errichtet würde; davon habe man aber bisher der hohen Kosten wegen abgesehen. Er wäre, gleichwie der Minister des Innern, einem Projekte nicht abgeneigt, wonach das Landgestüt mit einem solchen Depot den Anfang machen sollte. Dieser Vorschlag fand Beifall im Hause und ein dahin gehender Antrag des Frhrn. v. Barnbiller wurde einstimmig angenommen. Aus der Debatte ist nur noch zu erwähnen, daß, nachdem Abg. Zipperlen (Professor für Pferdebezug in Hohenheim) eine Aeußerung gethan, als ob die preussische Kommission nicht ganz billig verfahren wäre und die Sache anders aufstellen würde, wenn württembergische Offiziere die Käufe besorgten, der Kriegsminister sehr energisch erklärte, er lasse sich auf diese Diskussion nicht ein. Er habe sich durch genaues Einsehen des Aktienmaterials überzeugt, daß die preussische Kommission nach bester Ueberzeugung gehandelt habe. Er hätte gewünscht, daß eine derartige Frage überhaupt nicht aufgeworfen worden wäre.

Strasburg, 20. Febr. Es ist vielfach und mit Recht als inoffiziell bezeichnet worden, daß das Amtsblatt der Strasburger Diözese unter dem Titel „Bulletin ecclésiastique“ in französischer Sprache erschien. Jemand ein annehmbarer Grund konnte dafür nicht beigebracht werden, und eine andere Erklärung läßt sich nicht entdecken, als daß damit eine anti-deutsche Demonstration gemacht werden sollte. Denn unser Klerus rekrutirt sich überwiegend aus der ländlichen Bevölkerung, deren Fran-

zösisch selten über das „Bon jour“ hinausgeht, und den jungen Klerikern mußte die französische Sprache im weiteren Verlaufe ihrer Ausbildung erst künstlich aneignet werden, übrigens nicht immer mit dem gewünschten Erfolge. Es wird deshalb mit Genugthuung begrüßt werden dürfen, daß das bischöfliche Amtsblatt von jetzt ab in veränderter Gestalt erscheint. Der Titel lautet nunmehr: „Ecclesiasticum Argentense — Strasburger Diözeseblatt“ und weist lediglich deutsche und lateinische Mittheilungen auf. Nur eine nichtamtliche „Archivistische Beilage“, die Fortsetzungen früherer Artikel enthält, erscheint noch in französischer Sprache. — In einem einleitenden Vorwort wird zugleich mitgetheilt, daß die Leitung des Blattes von dem Canonikus B. Murry an den Sekretär des Bischofs, Hrn. Pfr. Zober, übergegangen ist. Hr. Murry war vor kurzem in der Presse ebenfalls vielgenannt als Verfasser taktloser Bemerkungen über den verstorbenen Bischof Racz, Bemerkungen, welche auf eine deutschfreundliche Haltung des Beweinigen abzielten und in dem bischöflichen Amtsblatte wenige Tage nach dem Tode des Oberhirten doppelt anstößig erschienen mußten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Febr. Der Schulantrag des Fürsten Liechtenstein soll Ende März im Abgeordnetenhaus zur ersten Lesung kommen. Die Protestbewegung gegen den Antrag nimmt eine immer größere Ausdehnung an. Nachdem am Samstag im Musikvereinssaale eine große Bürgerversammlung getagt hatte, die sich energisch gegen den Antrag erklärte, fand gestern eine von etwa 4000 Personen besuchte Arbeiterversammlung statt, in der gleichfalls beschlossen wurde, Einspruch gegen den Antrag zu erheben. Ferner meldet man aus Prag, daß das Bankett, welches das Deutsche Kasino zur Begrüßung der Gäste des Deutschen Theaters veranstaltete, sich zu einer Kundgebung gegen den Liechtenstein'schen Antrag gestaltete. — Die „Polit. Korresp.“ erhält übereinstimmende Berichte aus London und Rom, wonach russischen Vorschläge entgegengelesen werde, nach welchen die Mächte bei der Pforte gemeinsam erklären sollten, daß das Verbleiben des Prinzen Ferdinand in Sofia ungesetzlich sei. Rußland schlage indessen keine Zwangsmaßregeln vor.

Italien.

Rom, 20. Febr. Das Kriesministerium dementirt offiziell die Nachricht eines Neapeler Blattes, daß ein geheimes Einvernehmen zwischen dem Oberkommandanten von Massana und den Dardanellen bestehe. Weder früher noch jetzt fanden direkt oder indirekt Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung oder Marzano und den Subanen statt. — Wie es heißt, ist Graf Nobilita zum Botschafter in London ernannt. — Nach einer Meldung aus Massana drangen Dermische fortgesetzt in das Gebiet nördlich des Trajanesees ein.

Frankreich.

Paris, 20. Febr. In der Deputirtenkammer fragte heute der radikale Abgeordnete Andrieux an, ob es wahr sei, daß Belgien, wie der Fürst Chimay in der belgischen Kammer behauptet hat, keine amtliche Einladung zur Welt-Ausstellung von 1889 erhalten habe. Der Ministerpräsident Florens erklärte, alle französischen Vertreter im Auslande hätten im März v. J. ein Rundschreiben erhalten, worin sie aufgefordert wurden, die betreffenden Regierungen einzuladen. Die belgische Regierung habe sich Bedenkzeit ausbehalten. Da keine Antwort eingegangen sei, so habe die französische Regierung es für geeignet gehalten, ihrerseits sich nicht an der Brüsseler Ausstellung zu betheiligen. Inzwischen aber sei eine Verständigung der beiden Regierungen erzielt worden, so daß jetzt eine offizielle gegenseitige Betheiligung gesichert sei. Mit lebhafter Spannung sieht man in parlamentarischen Kreisen der Donnerstagsitzung der Kammer entgegen. Es wird an diesem Tage über die geheimen Fonds für den Mi-

berg frei bewegen könne, wie der Kronprinz selbst, ist nicht erfüllt worden. Er wird als Staatsgefangener behandelt, wie der König selbst offen eingesteht. Ein unwürdiges, bis in das intimste Privatleben sich erstreckendes Spionir- und Ueberwachungs-system umgibt das westfälische Königspaar; wie weit der König darin geht, lehrt eine Stelle der Memoires (VII, 282). Daran reihen sich weitere Gewaltmaßregeln, die Beschlagnahme der Papiere Jérômes, die Eingriffe in seine Vermögensangelegenheiten, die peinlichste Kontrolle, welcher er darin unterworfen wird. Das aus Frankreich reklamierte Silber und Geschmelde wird zu Schleuderpreisen verkauft, die Verwaltung des Vermögens in die Hände einer Kommission gelegt.

Nichts von alledem wird durch die Briefe widerlegt, wo sich Aeußerungen über diese Dinge finden, bekämpfen sie vollkommen die Angaben Katharinas in dem oben erwähnten Schreiben und erhöhen mithin nur deren Glaubwürdigkeit. Mag immerhin eine gewisse Ueberwachung des Königs aus Rücksichten der internationalen Politik geboten gewesen sein, mögen auch Verträge mit den Allirten Württemberg's nach dieser Seite Verpflichtungen auferlegt haben, Maßregeln wie die oben angeführten waren sicherlich nicht durch jene Verträge geboten, dafür besitzen wir das Zeugniß des Kronprinzen selbst, der an den Verhandlungen mit den Allirten theilgenommen und das Verfahren seines Vaters der Schwelger gegenüber offen mißbilligt. (Mem. VII, 227), dies beweist ferner die Thatsache, daß das westfälische Königspaar nach seiner Ueberlieferung nach Oesterreich, mannsfacher kleiner Chikanen ungeachtet, vor weiteren Gewaltthaten geschützt und namentlich von der lästigen Bevormundung in Vermögensangelegenheiten befreit blieb. Die „Affaire d'Elwangen“ ist und bleibt ein dunkler Fleck in der Geschichte König Friedrichs.

Mit Freude begrüßen wir es, daß der Herausgeber auch eine Publikation der gesammten politischen Korrespondenz des Königs mit Napoleon in Aussicht stellt, sie dürfte für die Geschichte der Zeit überhaupt, wie speziell die des Rheinbundes werthvolle Aufschlüsse bringen und das heute vielfach schwankende Urtheil über jenen geistig unstreitig hervorragenden Fürsten nach mancher Seite hin berichtigen.

nister des Innern berathen werden und man hält es nicht für unmöglich, daß die Berathung zu einer Ministerkrisis führt. — Im Prozeß gegen Wilson wurde heute das Zeugenverhör beendet. Nach den Aussagen der zuletzt vernommenen Zeugen sind die Aussichten für Wilson wieder minder günstig geworden. Der Destillateur Delizy sagte aus, er habe eine Ordensauszeichnung gewünscht und Wilson hätte verlangt, er solle 200 000 Francs für seine Zeitungsunternehmungen zeichnen. Er habe daraus geschlossen, daß Wilson mit Orden handle, und sei deshalb nicht wieder zu ihm gegangen. Morgen beginnen die Plaidoyers.

Der „Rapport“ entwirft von der parlamentarischen Lage folgendes für die Kammer zwar nicht schmeichelhaftes, aber, wie es scheint im Allgemeinen zutreffendes Bild: „Vor drei Tagen erlangte das Ministerium mühsam eine Majorität von acht Stimmen. Vorgestern blieb es mit 55 Stimmen in der Minorität. In der gestrigen Sitzung vertheilten sich die Stimmen dermaßen, daß man zu einer genauen Zählung Zuflucht nehmen mußte. Man kann nicht mehr in die Kammer kommen, ohne sich fragen zu müssen, ob diesmal der definitive Sturz bevorsteht. Und da Gemüths-bewegungen dieser Art bei häufiger Erneuerung ausbrechen, sehr tief zu gehen, so fragt sich jetzt ein Theil der Kammer in spärlicher Laune jedesmal, wenn Stimmzählungen vorgenommen werden, von denen der Fortbestand des Kabinetts abhängt: Wird es fallen? Wird es nicht fallen? Was mich betrifft, so finde ich diese Lage weniger lustig, als mancher Andere (der Verfasser des Artikels ist Ernest Lefevre, Vizepräsident der Kammer), und meine, es sei für die republikanische Majorität hohe Zeit, einen festen Entschluß zu fassen. Ich begreife wohl, daß man für das jetzige Kabinet eine mehr als mittelmäßige Bewunderung empfindet und keinen Vortheil in der Verlängerung seines Daseins erblickt. Andererseits begreife ich nicht minder, daß man einem neuen Kabinet ein trautes Gesicht machen würde, indem man es mitten in die Schwierigkeiten der Verhandlungen über das Budget setze. Es handelt sich also darum, entweder irgendeine Streitfrage zu nehmen und das Ministerium ohne Verzug zu stürzen, oder aber das Budget glatt an das Ziel zu führen, um nach seiner Erledigung die volle Freiheit zu gewinnen. Statt dessen wählt die Kammer ein drittes Mittel, welches das Schlimmste von allen ist. Es ist ihr nicht besonders darum zu thun, daß das Ministerium bleibe, aber auch nicht, daß es gehe, und sie zankt sich bei den verschiedenen Kapiteln mit behändlichen Zeitverlusten herum. So wird sie am Ziele des dritten Steuerzweifels, Ende März, anlangen, kein Budget, vielleicht auch nicht ein neues Ministerium haben, oder, wenn ein solches da ist, wird die verlorene Zeit die Lösung der Konflikte noch erschwert haben. Statt dessen schlage ich vor, daß die Gruppen zusammentreten und für das Eine oder das Andere entschließen: entweder das Kabinet sofort zu stürzen oder ein Opfer zu bringen, um die Annahme des Budgets zu ermöglichen. Das eine oder das andere dieser Mittel läßt sich zur Wahl empfehlen, aber die Wahl muß getroffen werden.“

Großbritannien.

London, 21. Febr. (Tel.) Amtlich wird gemeldet, daß Baron Henry Buns zum Unterstaatssekretär der Kolonien und Lord Dunslow zum Sekretär des Handelsamts ernannt worden ist. — Im Unterhause erklärte der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Ferguson, auf eine Anfrage, daß die neuen Schreiben bis jetzt noch nicht geräumt seien; Frankreich habe sich zur Räumung innerhalb vier Monaten vom 16. November 1887 ab verpflichtet. Das Gerücht, England sei im Begriffe oder beabsichtige gegen Venezuela auf militärischem Wege vorzugehen, sei total unwahr. Die Regierung sei im Prinzip nicht dagegen, die schwebende Streitfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, sie halte aber die von Venezuela für den Schiedspruch vorgeschlagenen Grundlagen für unannehmbar. Bei der Fortsetzung der Adressdebatte kündigte Mannors an, die Regierung werde eine Vorlage behufs Errichtung eines Ackerbau-Departements einbringen.

Die neue Geschäftsordnungs-Vorlage ist unter die Mitglieder des Parlaments vertheilt worden. Wie bereits berichtet, sollen Sitzungen hinfür am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3 Uhr Nachmittags bis 1 Uhr Nachts stattfinden. In die Tagesordnung bei Schluß der Sitzung nicht erledigt, so soll sie an dem nächsten Tage, an dem das Haus versammelt ist, zu Ende geführt werden. Von 8 bis 9 Uhr Abends ist eine Pause. Der zweite Abschnitt der Vorlage handelt vom Debattenschluß, welcher erfolgen kann, wenn die Majorität für den Antrag 100 Mitglieder beträgt. Durch den dritten Abschnitt erhält der Sprecher, resp. der Vorsitzende das Recht, Abgeordnete, deren Benehmen gröblich gegen die Würde des Hauses verstößt, aus dem Saale auszuweisen. In minder starken Fällen ist er befugt, das Haus über dieselben aburtheilen zu lassen. Der Sprecher und Vorsitzende kann auch einem Mitgliede das Wort entziehen, wenn dasselbe seinen eigenen oder die Argumente Anderer zwecklos wiederholt. In einem besonderen Paragraphen erhält die Regierung das Recht, Regierungsvorlagen an denjenigen Tagen, wo Regierungsgeschäfte die Priorität haben, zur Verhandlung zu bringen. Der Sprecher kann auch eine Abstimmung vornehmen, indem er die Mitglieder ersucht, sich nur von ihren Sätzen zu erheben.

Dänemark.

Kopenhagen, 19. Febr. Der Kultusminister Scavenius betonte, wie dem „D. N.“ geschrieben wird, beim Stiftungsfeste des Konservativen Klubs, dem mehrere Minister beiwohnten, die Nothwendigkeit fester und besonnener Politik nach innen wie nach außen. In Euband und Verantwortlichkeit müsse versucht werden, eine Verständigung mit der Opposition anzubahnen, wenn diese bereit sei, bestimmte Bedingungen zu erfüllen. Man dürfe indessen weder den Bogen zu straff spannen, noch mehr von den Gegnern verlangen, als diese mit Ehre einräumen könnten.

Serbien.

Belgrad, 20. Febr. Die serbische Fortschritts-partei hat beschlossen, sich offiziell nicht an den Wahlen zu betheiligen, jedoch den einzelnen Parteimitgliedern die Betheiligung freizustellen. Die bisherigen Wahlmännerwahlen sind in einigen Landbezirken fast ohne Ausnahme radikal ausgefallen.

von der bisherigen Ueberlieferung vielfach zu seinen Gunsten ab. Hat man ihn bisher des äfteren als Hausstrassen geschil-

dert, so zeigt er sich hier gerade im häuslichen Kreise, im Verhältnis zu seiner Tochter, wie zur übrigen Familie *) von einer menschlich liebenswürdigen Seite, selbst in den Tagen des offenen Zerwürfnisses mit Jerome leuchtet aus seinen Briefen noch unverkennbar die alte Liebe zu seiner Tochter hervor.

Gegenüber dem kaiserlichen Nachbarn bewahrt er bei aller Erbgenheit, wo es sich um die Interessen seines Landes handelt, doch noch den Muth der eigenen Meinung, wie sein Protest gegen Bandammes Kommandobehauptung und die angebliche Abberufung seiner Truppen nach Antwerpen bezeugt. Derlei Widerspruch war in den Tagen des Rheinbundes immerhin selten.

Auch die Sorge um sein Volk tritt in den Briefen vielfach hervor, es bekümmert ihn schwer, daß es im Kriege dahingeeuert wird, die Verluste im russischen Feldzuge **) erfüllen ihn mit banger Sorge, er fühlt, wie er der Tochter schreibt, in seinem Alter nur zu lebhaft, wie er vergeblich darnach gestrebt, am Glücke seines Volkes zu arbeiten.

In einem wesentlichen Punkte freilich wird die bisherige Auffassung nicht geändert. Es handelt sich um die berüchtigte Affaire d'Elwangen. Die gewichtigen Anlagen, welche Katharina in ihren Briefen an Madame Laetitia und Kaiser Alexander erhebt (Mém. VII, 215-35), werden durch die vorliegende Publikation keineswegs, wie Schloßberger hofft, entkräftet, sie bleiben nach wie vor bestehen.

Mag man auch das brutale Verfahren des Generals v. Geismar bei der Ueberfiedelung Katharinas nicht auf Rechnung des Königs setzen, so ist er doch verantwortlich für all die unerwünschten Vorgänge, die sich nach Jérômes Ankunft auf württembergischem Boden abspielten.

Die dem Könige ertheilte Zusage, daß er sich in Württem-

*) Man vergl. z. B. den Antheil, der er an der Krankheit des kleinen Prinzen Karl nimmt. III, 150-1.

**) Er hätte in demselben 14 000 Mann, 4000 Pferde, alles Geschütz und Armeematerial ein, von 378 Offizieren blieben nur 173 übrig, und diese waren meist invalid.

